



**POSITIONSPAPIER  
DEMOKRATIE BRAUCHT EINE  
STARKE ZIVILGESELLSCHAFT**

அம்பலத்தை  
தாது...  
தெயல்  
தாதுதலை  
Citize Watch



# POSITIONSPAPIER

## DEMOKRATIE BRAUCHT EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Weltweit setzen sich viele Initiativen, Aktivist\_innen und soziale Bewegungen mit ihrer Expertise und nicht zuletzt mit ihrer Wachsamkeit dafür ein, dass Gesellschaften demokratischer, ökologisch nachhaltiger, gerechter und sozialer werden. In ihrer Funktion als wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und politischen Entscheidungsträger\_innen stärken solche zivilgesellschaftlichen Organisationen demokratische Prozesse.

Den Menschen, die sonst wenig Gehör finden oder besonders schutzbedürftig sind, wie etwa Mädchen und Frauen, Kinder, sexuelle Minderheiten oder von Diskriminierung Betroffene, verleihen zivilgesellschaftliche Akteur\_innen eine Stimme. In politischen Prozessen üben sie wichtige Kontrollfunktionen aus. Weltweit konnten Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards sowie die Menschenrechtssituation in vielen Kontexten durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen verbessert werden. Auch die Agenda 2030 betont, welche besondere Rolle die Zivilgesellschaft spielt, um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Oft sind es zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Transformationsprozessen, bei zerfallenden Staaten und fragiler Staatlichkeit oder in Konfliktsituationen, die gesellschaftlichen Strukturen aufrechterhalten, Nothilfe leisten und zur Konflikttransformation und Friedensentwicklung beitragen.

### NUR ZWEI PROZENT DER WELTBEVÖLKERUNG LEBEN IN UNEINGESCHRÄNKTER FREIHEIT

Obwohl sie für die Menschenrechte, den Frieden, für Humanität und Umweltschutz viele Erfolge erzielten, erleben Aktivist\_innen und Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Organisationen mit erschreckend zunehmender Tendenz in vielen Ländern Repressionen und eine Einschränkung ihrer Handlungsräume. Einschüchterungsversuche, öffentliche Diskreditierung, Verbote von Aktivitäten, Einschränkungen von Finanzierungsmöglichkeiten, willkürliche Verhaftungen, Gewalt und administrative Schikanen zwingen sie vielfach dazu, ihre Arbeit einzuschränken oder ganz aufzugeben. Der CIVICUS-Monitor belegt diesen Trend eindrücklich: 2017 lebten nur zwei Prozent der Weltbevölkerung in uneingeschränkter gesellschaftlicher Freiheit. In sieben von acht Staaten der Erde ergreift die jeweilige Regierung Maßnahmen gegen Journalist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen, politische Aktivist\_innen oder gegen Nichtregierungsorganisationen (NRO).<sup>1</sup> Die Situation, dass Zivilgesellschaften weltweit zunehmend unter Druck geraten, ist auch eine Folge der seit Jahren steigenden Zahl an Autokratien und einer Krise der Demokratie.<sup>2</sup> Während vor zwölf Jahren noch jedes sechste Land in vorbildlicher Weise demokratische Wahlen abhielt, war dies 2015 und 2016 nur noch in jedem 14. Staat der Fall.<sup>3</sup>

1 Atlas der Zivilgesellschaft 2018, [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Atlas\\_d\\_zivilgesellschaft/Brot\\_fuer\\_die\\_Welt\\_Atlas\\_der\\_Zivilgesellschaft.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Atlas_d_zivilgesellschaft/Brot_fuer_die_Welt_Atlas_der_Zivilgesellschaft.pdf).

2 V-Dem Institute 2018, [https://www.v-dem.net/media/filer\\_public/3f/19/3f19efc9-e25f-4356-b159-b5c0ec894115/v-dem\\_democracy\\_report\\_2018.pdf](https://www.v-dem.net/media/filer_public/3f/19/3f19efc9-e25f-4356-b159-b5c0ec894115/v-dem_democracy_report_2018.pdf).

3 Bertelsmann Transformationsindex 2018, <https://www.bti-project.org/en/key-findings/global/>.



## **ERSCHRECKENDE ENTWICKLUNGEN AUCH IN EUROPA**

Mit Sorge beobachten wir, dass zivilgesellschaftliche Handlungsräume auch in Europa abnehmen. Eine herabwürdigende Rhetorik gegenüber Frauen, Menschen mit Behinderung, Migrant\_innen, politischen Gegner\_innen wie auch gegenüber kritischen Medien lässt Vorurteile erstarken, errichtet in den Köpfen der Menschen Mauern und schafft für zivilgesellschaftliche Akteur\_innen zunehmend schwierige Arbeitsbedingungen. So diffamieren beispielsweise Schlagwörter wie „Anti-Abschiebe-Industrie“ und „Attacken auf den Rechtsstaat“ das Engagement für Flüchtlinge oder sie greifen das Grundrecht auf Asyl an. In der Praxis werden Folgen bereits sichtbar: Massiv wurde inzwischen die Arbeit der Seenotrettung eingeschränkt und Helfer\_innen werden für ihr Engagement, Menschenleben zu retten, juristisch verfolgt. Auch internationale Kooperation und Multilateralismus werden dadurch gefährdet, dass nationale Ideologien wieder erstarken. Denn internationale Organisationen, Mechanismen zum Schutz von Menschenrechten und die Partizipation der Zivilgesellschaft in internationalen Governance-Strukturen sind gerade populistischen und autoritären Regimen häufig ein Dorn im Auge. Aus diesem Grund werden immer mehr zivilgesellschaftliche Akteure, die beispielsweise im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Stellungnahmen abgeben oder Klagen bei internationalen Gerichtshöfen unterstützen, von ihren Regierungen diffamiert oder verfolgt.

## **VOR ALLEM DIE ZIVILGESELLSCHAFT IM GLOBALEN SÜDEN GERÄT UNTER DRUCK**

Auch wenn sich inzwischen in der Europäischen Union erste Entwicklungen einer Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume zeigen, beunruhigt besonders die Situation in den Ländern Asiens, Afrikas, im Mittleren Osten, in Lateinamerika und Osteuropa. Zu den Repressionen dort zählen Schmähkampagnen, Bedrohungen, willkürliche Verhaftungen bis hin zu physischer, sexualisierter und psychischer Gewalt, von der insbesondere Frauenrechtler\_innen betroffen sind. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteur\_innen, also etwa Milizen oder rechtsnationale Gruppen, sind für die kleiner werdenden Handlungsräume verantwortlich. Zusätzlich verstärken staats- und wirtschaftsnahe Medien Diffamierungen durch gezielte Kampagnen und Aufrufe zu Gewalt. Besonders betroffen von diesen Repressionen sind benachteiligte Gruppen und Aktivist\_innen, die sich für deren Rechte einsetzen, sowie Teile der Zivilgesellschaft, die sich kritisch und unabhängig äußern und für mehr Beteiligung, Transparenz und Menschenrechte stark machen. Nicht zuletzt, weil Kritik oft als unpatriotisch empfunden wird, wird es gerade den Gruppen und Initiativen, die sich dafür einsetzen, Strukturen zu verändern, schwer gemacht, im öffentlichen Raum zu agieren. Wenn rechtsstaatliche Strukturen fehlen, haben zivilgesellschaftliche Akteur\_innen kaum eine Möglichkeit, sich gegen Repressionen mit rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen oder zu versuchen, ihre Rechte in zumeist zermürbenden, lang andauernden juristischen Verfahren zu erkämpfen.

Darüber hinaus werden zivilgesellschaftliche Organisationen rechtlich und bürokratisch behindert, schikaniert und verfolgt. Häufig werden Gesetze wie Antiterrorismus-, Sicherheits-, Internet- und Mediengesetze, aber auch das



Strafrecht missbraucht, um die bürgerlichen und politischen Menschenrechte und somit den Handlungsraum der Zivilgesellschaft zu beschneiden. Zudem ergeben sich Einschränkungen infolge repressiver Gesetzgebung und Regulierungen, die NRO betreffen und etwa den Empfang von Mitteln aus dem Ausland beschränken. Diese Gesetze sind bisweilen direkt für diejenigen Organisationen verfasst, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen, wie beispielsweise für LGBTI-Aktivist\_innen<sup>4</sup>. Bürokratisierung, Überregulierung, eine rigide Auslegung von Verordnungen, etwa bei Registrierungsprozessen, die Begrenzung von Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Ausland, steuerliche Hürden sowie die missbräuchliche Anwendung von Gesetzen und Verordnungen sind weitere Formen dieser gesetzlichen Einschränkungen, die gegen das Menschenrecht der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit verstoßen. Diese Einschränkungen von Partnerorganisationen führen auch in Deutschland dazu, dass die Herausforderungen der finanziellen Förderung durch entwicklungspolitische und humanitäre Organisationen immer größer werden.

### **AUCH HUMANITÄRE HELFER\_INNEN SIND GEFÄHRDET**

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden auch als Partner\_innen in der Humanitären Hilfe Opfer von Gewalt, Bedrohung und politisch motivierten Einschränkungen. Diese umfassen Bürokratisierung, Eingriffe in die Auswahl von Mitarbeitenden, exzessive Steuern, die Konfiszierung von Hilfsgütern bis hin zu rigideren Instrumenten im Bereich der sogenannten internationalen Terrorbekämpfung sowie Waffengewalt mit Todesfolge. Die Einschränkungen beschneiden den Handlungsraum humanitärer Helfer, die oft aus der Zivilgesellschaft stammen. Als Konsequenz kann in vielen Fällen keine Hilfe geleistet werden. Die Ver-

letzungen des humanitären Völkerrechts durch nationale Regierungen und nichtstaatliche Akteure steigen seit Jahren. Verschiedene Konfliktparteien versuchen, die Auswahl der Begünstigten zu beeinflussen. Es ist in repressiven Kontexten häufig ein Drahtseilakt, die Prinzipien der Humanitären Hilfe einzuhalten. Vielfach werden insbesondere die Organisationen der Humanitären Hilfe von Regierungen delegitimiert und in ihrer Arbeit eingeschränkt, die nicht nur Unterstützungsleistungen bereitstellen, sondern für einen besseren Schutz der Menschenwürde der Betroffenen eintreten.

### **WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF, SICH WELTWEIT FÜR DEN SCHUTZ VON ZIVILGESELLSCHAFTEN EINZUSETZEN**

Die Bundesregierung kann zum Schutz und zur Förderung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume in anderen Ländern einen wichtigen Beitrag leisten. Ab 2019 wird Deutschland für zwei Jahre einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehaben. Damit will Deutschland „Mehr Verantwortung in der Welt“ übernehmen.<sup>5</sup> Im aktuellen Koalitionsvertrag bekennt sich die amtierende Bundesregierung zu dieser Verantwortung und schreibt, sie werde sich „...entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaften wenden, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.“<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Die Abkürzung steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender und Intersexual; also für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle/Transgender- und intersexuelle Menschen.

<sup>5</sup> Deutsche Bundesregierung, 2018, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2018/06/2018-06-08-nichtstaendiger-sitz-un-sicherheitsrat.html>.

<sup>6</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=CFD60DE4DF7F75B363CB42451C7BB8C8.s5t2?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=CFD60DE4DF7F75B363CB42451C7BB8C8.s5t2?__blob=publicationFile&v=6).

# DESHALB FORDERN WIR VON DER BUNDESREGIERUNG:

## **Kohärente menschenrechtsorientierte Außenpolitik**

Wir fordern die Bundesregierung auf, alle Außenbeziehungen Deutschlands an einer kohärenten menschenrechtsorientierten Politik auszurichten: Politikfelder wie Handel, Außenwirtschaftsförderung, Entwicklung, Migration oder Sicherheit dürfen Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement nicht beeinträchtigen oder schädigen. Die Bundesregierung sollte verbindliche Prüfverfahren einführen, die sicherstellen, dass politische Entscheidungen und Maßnahmen auf deutscher beziehungsweise auf europäischer Ebene die Menschenrechte und Handlungsräume der Zivilgesellschaften in anderen Ländern nicht negativ beeinflussen.

## **Einsatz für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen**

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass zivilgesellschaftliche Vertreter\_innen wirkungsvoll und ohne Angst vor Repressionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene an Organisationen, Foren und Verhandlungsprozessen partizipieren können. Sie sollte besondere Anstrengungen unternehmen, um marginalisierte und diskriminierte Gruppen und deren Vertreter\_innen zu beteiligen. Mit Unterstützung der Bundesregierung sollten internationale Mechanismen und Foren zum verbesserten Austausch zwischen Staaten und Zivilgesellschaften etabliert werden. Die Bundesregierung sollte Bemühungen entschieden entgegenreten, zivilgesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten in internationalen Organisationen einzuschränken, wie es derzeit beispielsweise in der OSZE vonseiten repressiver Regierungen angestrengt wird. Die

Bundesregierung sollte zudem die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen, die sich für Demokratieförderung und Empowerment von lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Globalen Süden einsetzen.

## **Zivilgesellschaftliche Handlungsräume in Regierungsverhandlungen zum Thema machen**

Die Bundesregierung muss Regierungsverhandlungen und Regierungskonsultationen nutzen, um die Einschränkung der Handlungsräume von Menschenrechtsverteidiger\_innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu thematisieren. Zugleich muss sie sich für den Abbau repressiver Strukturen einsetzen und dafür, dass international wie auch auf den jeweiligen nationalen Ebenen Schutzmechanismen für Zivilgesellschaften verankert, gestärkt und praktisch umgesetzt werden.

## **Multilateralismus, internationale Menschenrechtsforen und Gerichte stärken**

Die Bundesregierung muss sich besonders für Multilateralismus, internationale Menschenrechtsarbeit und internationale Gerichte einsetzen, da diese derzeit immer stärker unter Druck geraten. Entschieden muss sie sich für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention, aber auch für das interamerikanische und afrikanische Menschenrechtssystem stark machen. Sie muss deren Wirksamkeit festigen, so dass diese Institutionen auch zukünftig für mehr Menschenrechtsschutz sorgen können.



### **Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern**

Die Bundesregierung muss gesetzliche Vorgaben schaffen, um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen den menschenrechtlichen Risiken ihrer Geschäfte im Ausland entgegenwirken. Unternehmen müssen zu menschenrechtlichen Risikoabschätzungen verpflichtet werden, die eine mögliche Gefährdung von zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen berücksichtigen. Es muss ein Sanktionierungssystem etabliert werden, das greift, wenn mangelnde Sorgfalt bei der Wahrung von Menschenrechten an den Tag gelegt wird. Die Bundesregierung sollte in keinem Politikfeld Investitionen finanziell unterstützen oder durch Hermesbürgschaften absichern, die zu einer Gefährdung zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen führen. Sie sollte sich gleichzeitig für Regelungen zur Prüfung und Vergabe von Exportbürgschaften und Exportkrediten in der OECD einsetzen, die den Schutz von Menschenrechten gewährleisten.

### **Gefährdete Menschenrechtsverteidiger\_innen schützen**

Weiterhin muss sich die Bundesregierung verstärkt für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen einsetzen. Dazu gehört auch die Konkretisierung sowie systematische und verbindliche Umsetzung der EU-Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger\_innen in allen diplomatischen Außenvertretungen. Gleichfalls müssen die Verfahren der Visavergabe für gefährdete Aktivist\_innen vereinfacht und beschleunigt werden. Die Kenntnisse über die EU-Leitlinien müssen bekannter gemacht werden und sollten beispielsweise zum Curriculum angehender Diplomat\_innen gehören. Ein wirksamer Schutz der Menschenrechte umfasst

zudem, bei Verbrechen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen und andere zivilgesellschaftliche Akteur\_innen die effektive Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen und effektive Ermittlungs- sowie Strafverfahren einzufordern. Dies könnte beispielsweise durch die deutschen Botschaften geschehen, um einer in diesen Fällen möglichen Strafvereitelung entgegenzuwirken.

### **Mehr Austausch mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen**

Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen müssen bei deutschen Botschaften mehr Gehör finden und gerade in Notsituationen gezielt unterstützt werden. In den Besuchsprogrammen politischer Entscheidungsträger\_innen müssen lokale zivilgesellschaftliche Akteur\_innen stärker berücksichtigt werden. Die deutschen Botschaften sollten lokale Menschenrechtsverteidiger\_innen und andere zivilgesellschaftliche Vertreter\_innen zu regelmäßig stattfindenden Konsultationen einladen, um von ihrer Expertise und Analyse zu profitieren. Die asyl- und abschiebungsrelevanten Lageberichte des Auswärtigen Amtes sollten Ergebnisse dieser Konsultationen und Erkenntnisse über Einschränkungen von zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen entsprechend aufnehmen.

### **Terrorbekämpfung darf eine Zivilgesellschaft nicht behindern**

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung weltweit unter strikter Einhaltung der Menschenrechte und der Prinzipien der Humanitären Hilfe erfolgen. Anti-Terroraktivitäten müssen



überprüft werden, ob sie nicht zivilgesellschaftliches Engagement und lebensrettende Hilfen behindern, und zwar in sämtlichen Landstrichen und Gebieten. Bei der Anwendung von EU-Richtlinien zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und den Sanktionslisten müssen gegebenenfalls Ausnahmen für Humanitäre Hilfe und Friedensarbeit eingerichtet werden. Zudem muss sich die Bundesregierung gegen eine Kriminalisierung von Aktivist\_innen und humanitärem Personal einsetzen, denen mutmaßliche terroristische Aktivitäten vorgeworfen werden.

### **Förderstandards und Förderrichtlinien überarbeiten**

Wenn Partnerorganisationen im Ausland unter Druck geraten, müssen deutsche NRO flexibel und zeitnah Unterstützung anbieten. Insofern muss die Bundesregierung ihre Förderstandards für zivilgesellschaftliche NRO überarbeiten, damit in solchen Situationen institutionelle Förderung, Nothilfemaßnahmen, aber auch vereinfachte Anträge und Abrechnungen für unter Druck stehende zivilgesellschaftliche Organisationen möglich sind.

### **Schutz von Akteur\_innen im Kontext der Humanitären Hilfe**

Der Schutz von Mitarbeitenden humanitärer Organisationen ist im Humanitären Völkerrecht fest verankert. Er wurde durch zahlreiche Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bekräftigt. Vorsätzliche Angriffe auf humanitäres lokales und internationales Personal wurden als Kriegsverbrechen in das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aufge-

nommen. Denn Humanitäre Hilfe kann nur mit Schutzstatus effektiv geleistet werden. Die Bundesregierung muss weiter dafür eintreten, dass der Schutz und der Handlungsraum der Humanitären Helfer\_innen konsequent gesichert werden. Sie muss insbesondere in Krisenkontexten im Rahmen der Humanitären Diplomatie den Schutz für lokale Akteur\_innen der Humanitären Hilfe thematisieren.

### **Einsatz für die Seenotrettung**

Auch der Einsatz der zivilen Seenotrettung ist Ausdruck des zivilgesellschaftlichen Engagements, das es zu schützen gilt. Die Bundesregierung muss sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass private Seenotrettung weiterhin ermöglicht wird und dass das Seerecht, das Flüchtlingsrecht und die Menschenrechte auf dem Mittelmeer eingehalten und umgesetzt werden. Die Bundesregierung muss sich dafür stark machen, dass Schiffe und Aufklärungsflugzeuge von Seenotrettungsorganisationen nicht mehr festgesetzt werden und deren Besatzung nicht mehr kriminalisiert wird, sondern die Seenotretter\_innen ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortführen können.

### **Das Engagement der deutschen Zivilgesellschaft stärken**

Die Bundesregierung muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich mehr als bisher gegen einsetzende Diffamierung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Deutschland aussprechen.



# ভূমিহীনদের দাবী

বিধান অনুযায়ী ভূমিহীনদের খাস জমি বন্দোবস্ত দিতে  
আয়োজনে : মাধববাটী জনসংগঠন ।  
সহযোগীতায় : জনসংগঠনের ঐক্য পরিষদ  
বিরল . দিনাজপুর ।

**VENRO** ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

#### **VENRO**

- ▶ vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- ▶ stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- ▶ vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- ▶ schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen**

[www.venro.org](http://www.venro.org)

#### **Herausgeber:**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Stresemannstr. 72

10963 Berlin

**Telefon:** 030/2 63 92 99-10

**Fax:** 030/2 63 92 99-99

**E-Mail:** [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

**Internet:** [www.venro.org](http://www.venro.org)

**Autorin:** Christine Meissler

**Co-Autorin:** Franziska Pflüger

**Redaktion:** Ulrike Dufner, Jürgen Focke, Anica Heinlein, Sarah Kohrt, Frank Mischo, Elmar Noe, Magdalene Pac, Jana Rosenboom, Ara Stielau

**Endredaktion:** Eva Wagner

**Fotonachweis:** Titel, Jacob Lund – Shutterstock; S. 02, Thomas Lohnes – Brot für die Welt e.V.; S. 04, juan\_aunion – fotolia; S. 05, Carsten Stormer – Brot für die Welt; S. 07 Christof Krackhardt – Brot für die Welt e.V.; S. 08 Diego G Diaz – Shutterstock; S. 09 Frank Schulze – Brot für die Welt e.V.

**Layout:** DIE.PROJEKTOREN